

Kundenumfrage zeigt: Solarium-Kunden sind verantwortungsbewusst

Eine Studie von Photomed über die Nutzung von Sonnenstudios in der Schweiz zeigt: Solarien werden kaum von Benutzern unter 18 Jahren besucht. Auch Sonnenbrände entstehen fast nie in Solarien, sondern meistens im Freibad oder auf Wanderungen. Die Studie widerlegt zahlreiche Vorurteile gegenüber Sonnenstudios.

Im vergangenen Winter (November 2010 bis März 2011) führte Photomed eine Kundenumfrage in Sonnenstudios in der ganzen Schweiz durch. Ziel der Untersuchung war, die Bedürfnisse und Gewohnheiten der Nutzer von Solarien zu untersuchen. Insgesamt haben 836 Personen an der Befragung teilgenommen. Auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat in diesem Frühling eine Studie zur Nutzung von Solarien publiziert, für welche das Institut gfs in Bern rund 700 Personen in Interviews befragt hat.

Photomed sieht sich vor allem zwei Kritikpunkten ausgesetzt: Erstens würden die Solariumnutzer immer jünger, und zweitens würden die Solarien Sonnenbrände verursachen und so der Haut schaden. Beide Punkte sind falsch, wie die Photomed-Umfrage zeigt.

Altersgrenze 18 Jahre kein Problem

Die Befragung von Photomed zeigt, dass lediglich 1% aller Befragten unter 18 Jahre alt war. Diese Zahl entkräftet das oft gehörte Vorurteil, Sonnenstudios würden immer häufiger von Minderjährigen besucht. Die parallel erarbeitete BAG-Studie will diese Frage bewusst ausblenden: Nur so ist es zu erklären, dass das BAG die entsprechenden Altersgruppen unter dem Titel „16-25 Jahre“ zusammenfasst, was eine zielführende Auswertung verunmöglicht.

Nachdem die Photomed-Umfrage eindeutig belegt, dass die freiwillige Altersbeschränkung in den Selbstbedienungs-

studios funktioniert, ist diese Frage hoffentlich vom Tisch.

Sonnenbrände vor allem im Freibad

Eine zweite wichtige Fragestellung, welche häufig diskutiert wird, ist die Frage nach Sonnenbränden in Solarien. Die Photomed-Umfrage zeigt, dass von allen Solarium-Besuchern lediglich 17% einmal einen Sonnenbrand im Studio hatten. Währenddessen sagen 63% der Befragten aus, beim Sonnenbad im Freien bereits ein- oder mehrmals einen Sonnenbrand erlitten zu haben.

Die BAG-Studie bestätigt die Zahlen von Photomed, was die Zahl der Sonnenbrände in Solarien anbelangt. Sie enthält jedoch keinen Vergleich zur Zahl von Sonnenbränden im Freien. Auch hier blendet die Studie des Bundesamts für Gesundheit also eine wichtige Zahl aus.

Erstaunliche Parallelen

Was die weiteren Resultate der beiden Studien anbelangt, beispielsweise bezüglich des Geschlechts der Nutzer, Bräunungsdauer, Altersverteilung, Häufigkeit der Solarienbesuche etc., besteht weitestgehend Deckungsgleichheit.

Photomed wird die Resultate der eigenen Studie nun veröffentlichen und Entscheidungsträgern vorlegen.

Die Öffentlichkeit und die Politiker sollen damit sensibilisiert werden, dass die Nutzung von Solarien nicht schädlicher ist, als das Sonnen im Freibad oder am See.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen
Liebe Leser

Die Solarienbranche ist immer häufiger Kritik und Verurteilungen ausgesetzt. Die grössten Kritiker unserer Branche werden nachweislich durch private Institutionen aus dem Bereich Pharma, Chemie oder Kosmetik mit Sponsorengeldern unterstützt.

Damit wird unserer Branche mit ungleichmässigen Verhältnissen deutlich geschadet.

Einige Aussagen wie "Solarien sind krebserregend" oder "Solarien sind ein schlechter Vitamin-D-Generator" sind schon mehrfach durch namhafte wissenschaftliche Studien widerlegt worden.

Es gibt zwei Typen des Prohormons "Vitamin D": Das natürliche Vitamin D (Sonnenvitamin) und das synthetische Vitamin D (Vitaminpräparat). Wir können das Vitamin D3 nur beschränkt aus der Nahrung aufnehmen. Der Grossteil (80%) sollte das Resultat von UV-Strahlung sein, durch die Sonne oder das Solarium.

Die Wissenschaft bringt ständig neue "Beweise" für einen Zusammenhang zwischen Vitamin-D-Mangel und Krebserkrankungen hervor, inklusive Hautkrebs. Regelmässige kurze Aufenthalte in der Sonne und im Solarium können unser Krebsrisiko und den Vitamin-D-Mangel entscheidend vermindern.

Bei Interesse finden Sie viele dieser Studien auf unserer aktualisierten Homepage www.photomed.ch.

Mit sonnigen Grüssen



Peter Schurtenberger
Vorstandsmitglied Photomed

Nein zu einem staatlichen Solarium-Gesetz

Im Herbst 2003 wurde die ehemalige Urner Regierungsrätin Gabi Huber in den Nationalrat gewählt. Seit 2008 steht Huber als Präsidentin der FDP-Bundeshausfraktion vor. Beruflich führt sie seit 1982 ein eigenes Anwalts- und Notariatsbüro in Altdorf. Im Interview mit Photomed beantwortet die Nationalrätin Fragen rund um das neue Solarium-Gesetz und unnötige Bürokratie.

Die FDP hat sich im Wahljahr den Kampf gegen staatliche Bürokratie auf die Fahne geschrieben. Dann hat Ihre Partei sicher wenig Freude am Vorstoss von Franziska Teuscher, welche ein Solariumverbot für Minderjährige und ein Solarium-Gesetz fordert?



Gabi Huber, Nationalrätin
(Präsidentin FDP-Bundeshausfraktion)

Ein Solarium-Gesetz? Das tönt nach Sonnenbrand! Klar haben Jugendliche eine besonders gefährdete Haut. Aber gerade in Solarien werden Benutzer durch die Bedienung oder Informationen auf die Gefahren und die richtige Nutzung aufmerksam gemacht – anders als in den Bergen oder am Strand. Ein Gesetz bringt somit nur zusätzliche Alterskontrollen, was wohl das Ende der unbedienten Solarien wäre. Dank den Medien weiss heute jeder, dass Schutz vor zuviel Sonne zwingend ist.

Die Aktivitäten von Frau Teuscher werden offensichtlich auch vom Bundesamt für Gesundheit unterstützt, welche kürzlich eine Studie zur „Solariumnutzung in der Schweiz“ erstellen liess.

Ist das nicht unnötiger Aktivismus seitens des BAG?

Wie überall gilt: Zuviel ist schädlich. Eine Studie kann somit sinnvoll sein. Nur müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden, und dort lässt sich der Bund leider immer noch zu sehr zu Verboten verleiten, statt Information durch die privaten Anbieter zu fordern. Nötig ist mehr Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Privatwirtschaft und Bund und der letztere soll den Privaten mehr Vertrauen entgegen bringen.

Derzeit berät das eidgenössische Parlament ein neues Präventionsgesetz. Warum lehnt die FDP dieses Gesetz, das wiederum zahlreiche staatliche Kompetenzen im Bereich Prävention bringt, nicht einfach ab?

In der Prävention braucht es mehr Zusammenarbeit und Fokus. Die Gesundheitskosten steigen gerade auch wegen den chronischen Krankheiten. Hier ist erstens Aufklärung für einen gesunden Lebensstil nötig, was aber auch von den Krankenkassen übernommen wird. Prävention ist zweitens in spezifischen Bereichen nötig: Die Schulzahnkliniken sind erfolgreich, nicht zuletzt, weil die Eltern ihren Zahnarzt selber bezahlen müssen. Mehr Prävention braucht es zum Beispiel beim Brustkrebs. Abgelehnt werden drittens der Eingriff des Staats über Steuern auf Fett oder Bier, denn das ist einzig ein Feldzug aufs Portemonnaie des Bürgers. Ebenfalls abgelehnt wird mehr Bürokratie mit einem neuen Präventionsinstitut und eine Zunahme der Ausgaben. Fazit: Prävention ist wichtig und richtig, aber der Gesetzgeber muss den Bund klar den Kurs vorgeben.

Nationalrat für neues Präventionsgesetz

Bereits im letzten Newsletter hat Photomed über das umstrittene Präventionsgesetz berichtet, welches der Bundesrat in Kraft setzen möchte. Während der Sondersession im April hat der Nationalrat den Gesetzesentwurf beraten.

Auch im Nationalrat hat eine Mehrheit aus linken Parteien sowie Teilen von FDP und CVP das Gesetz befürwortet. Gegen die Vorlage haben sich SVP sowie einzelne FDP- und CVP-Vertreter gestellt. Nach Auffassung der Ratsmehrheit soll das neue Gesetz die staatlichen Massnahmen zur Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung besser steuern. Die Befürworter waren überzeugt, dass der Bund eine bessere Rechtsgrundlage brauche, um die Mittel für die Prävention effizienter einsetzen zu können.

Wirtschaft ist kritisch

Zu den Gegnern der mit 97 zu 71 Stimmen angenommenen Vorlage zählten neben der Mehrheit der bürgerlichen Politiker vor allem die Wirtschaftsverbände. Sie warnten vor einem Staat, der die Bürger in allen Fällen bevormunde. Auch nach Auffassung von Photomed ist ein Präventionsgesetz nicht sinnvoll. Bereits heute bestehen genügend gesetzliche Grundlagen, wie die diversen Aktivitäten im Bereich Prävention zeigen. Das neue Gesetz würde Tür und Tor für weitere staatliche Massnahmen öffnen: Während der Bund bisher nur bei übertragbaren Krankheiten eingreifen konnte, soll er sich neu auch bei psychischen Krankheiten, Diabetes oder Krebs stärker engagieren. Nachdem das Bundesamt für Gesundheit nach wie vor behauptet, Solarien seien krebserregend, ist klar, dass auch die Solarienbranche vermehrt im Fokus der Präventionsaktivitäten stehen würde.

Dass sich die Krankenkassenprämien weiter verteuern und mit einem „Präventionszuschlag“ versehen werden sollen, ist ein weiterer Grund, das Gesetz abzulehnen.

IMPRESSUM

PHOTOMED
Solarien Verband Schweiz
Bachstrasse 3
CH-6362 Stansstad

T +41 (0)41 632 50 29
F +41 (0)41 632 50 25

info@photomed.ch
www.photomed.ch